



30. April 2012

Aus dem Inhalt

Binnenmarkt

EU-Kaufrecht im EU-Parlament 2

Lebensmittelrecht

Studie zu Salmonellenbefall 2

Non-Food & Chemikalien

HDE besorgt über Zeitverzug bei Umsetzung der Holz-Verordnung 3

Logistik

EP gegen höhere Besteuerung von Diesel 4

EU-Kommission eröffnet Konsultation zu sicheren LKW-Parkplätzen 4

Zahlungssysteme

Innovative Zahlungssysteme: Für mehr Transparenz und Wettbewerb 5

Mittelstand

Verstärkte Unterstützung für international tätige KMU 6

„Grüne“ Arbeitsplätze dank kleiner Unternehmen 7

IKT

„Internet der Dinge“ – Konsultation der Kommission 7

Politik

Absatzförderung europäischer Agrarerzeugnisse 8

EU-Agrarstatistik weist gestiegene Einkommen aus 9

Kurz gemeldet

EP-Workshop zu Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen 10

EP-Beobachter aus Kroatien 10

Kommission startet Initiative zur Förderung von Praktika 10

Neue Form der EU-Bürgerbeteiligung: Bürgerinitiative gestartet 10

Terminvorschau

11

**Handelsverband
Deutschland (HDE)**

Büro Brüssel

85 Avenue des Nerviens
B – 1040 Brüssel

Tel.: +32 (0) 2 231 02 81
Fax: +32 (0) 2 230 84 97
E-Mail: europa@hde.de

www.einzelhandel.de



BINNENMARKT

EU-Kaufrecht im EU-Parlament

Am 12. April 2012 diskutierte der mitberatende Binnenmarkt-Ausschuss des EU-Parlaments den Vorschlag für ein gemeinsames EU-Kaufrecht.

Die zuständigen Berichterstatter des Ausschusses, die deutschen Abgeordneten Evelyne Gebhardt (S&D) und Hans-Peter Mayer (EVP), informierten den Ausschuss, dass sie eine gemeinsame Stellungnahme zu den einvernehmlich Punkten vorlegen werden. Darüber hinaus werden Änderungsanträge zu den strittigen Aspekten erstellt.

Federführender Ausschuss ist der Justizausschuss, der insbesondere auch über die Frage des optionalen Charakters eines parallel zu den nationalen Rechtsordnungen bestehenden freiwilligen EU-Kaufrechts zu entscheiden hat.

Die Abgeordneten stellten in der Aussprache generell den Bedarf für ein EU-Kaufrecht in Frage. Teilweise wurde eine Verordnung mit Mindeststandards vorgezogen, die Verbrauchern mehr Klarheit bringen würde. Generell wurde betont, dass ein freiwilliges EU-Kaufrecht nur dann Sinn mache und auch verwendet werde, wenn es verbraucher- und unternehmensfreundlich ausgestaltet sei, die Interessen beider Seiten ausgewogen berücksichtige und einen echten Mehrwert zur geltenden Rechtslage bringe.

Parallel zu den Diskussionen im Parlament wird der Kommissionsvorschlag derzeit in der zuständigen Ratsarbeitsgruppe von den Vertretern der Mitgliedstaaten erörtert. Der HDE hatte sich zu Beginn der Erörterungen im Ministerrat gegenüber dem Bundesjustizministerium kritisch zum Vorschlag für ein EU-Kaufrecht geäußert.

Die Aussprache im Binnenmarktausschuss lässt sich [hier](#) verfolgen. Die HDE-Stellungnahme finden Sie [hier](#).

LEBENSMITTELRECHT

Studie zu Salmonellenbefall

Wie würde sich die Anpassung von Zielwerten für die Eindämmung von Salmonellen in Putenbeständen auf die Zahl menschlicher Infektionsfälle auswirken?

Diese Frage war Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), zu der jetzt erste Ergebnisse vorgelegt wurden.

Im Rahmen der EU-Gesetzgebung zur Bekämpfung von Zoonosen (d.h. zwischen Mensch und Tier übertragbaren Infektionen oder Erkrankungen, beispielsweise durch Verzehr kontaminierter Lebensmittel) werden für die Eindämmung bestimmter Salmonella-Arten bei Geflügel und bei Schweinen EU-weite Zielwerte festgelegt.



In dem am 13. April 2012 veröffentlichten wissenschaftlichen Gutachten kam das EFSA-Gremium für biologische Gefahren zum Ergebnis, dass eine potenzielle Senkung des Salmonellenbefalls 2012 für alle berücksichtigten klassifizierbaren Bakterien- oder Virenarten in Mastputenherden auf 1 % oder weniger zu einer Abnahme der Zahl der Salmonellose-Fälle beim Menschen EU-weit um schätzungsweise 2,2 % gegenüber den Zahlen des Jahres 2010 führen würde.

Ferner wurde festgestellt, dass das Risiko einer Infektion im Vergleich von Putenfleisch, Hühnerfleisch, Eier und Schweinefleisch für den individuellen Verbraucher bei Schaleneiern und Schweinefleisch am höchsten ist.

Im Rahmen der Empfehlungen zu Datenerhebung und Überwachungsmaßnahmen hebt das Gremium die Notwendigkeit einer verstärkten aktiven Überwachung, insbesondere von Salmonellen in Schweinefleisch, in allen EU-Mitgliedstaaten hervor, um die tatsächliche Häufigkeit menschlicher Salmonellosen besser abschätzen zu können. Salmonellose-Fälle beim Menschen werden nicht immer als solche erkannt und auch nicht immer gemeldet.

Die Arbeit der EFSA wird als Grundlage für die Überlegungen der Kommission hinsichtlich der Festsetzung neuer Ziele zur Salmonellenbekämpfung bei Puten dienen.

Das EFSA-Gutachten ist [hier](#) abrufbar.

NON-FOOD & CHEMIKALIEN

HDE besorgt über Zeitverzug bei Umsetzung der Holz-Verordnung

Aufgrund noch nicht erfolgter Präzisierungen der EU-Holzverordnung, die ab dem 3. März 2013 in allen EU-Mitgliedstaaten zur Anwendung kommen wird, hat der HDE gemeinsam mit EuroCommerce das Gespräch mit der EU-Kommission gesucht.

Im Gespräch wurden der Kommission sich abzeichnende Probleme bei der Umsetzung aufgezeigt, da die verbleibenden 10 Monate nicht ausreichen, um den komplexen Anforderungen der Verordnung gerecht zu werden.

Die Verordnung verbietet das Inverkehrbringen von Holz und Holzzeugnissen aus illegalen Quellen. Hersteller und Importeure müssen daher zur Risikominimierung ein Sorgfaltspflichtsystem („Due Diligence System“) einsetzen. Dieses System kann hierbei auch von einer anerkannten Überwachungsorganisation zur Verfügung gestellt werden. Bisher gibt es aber weder anerkannte Überwachungsorganisationen noch Sorgfaltspflichtsysteme, da die rechtlichen Anforderungen im Detail noch nicht bekannt sind. Die EU-Kommission erarbeitet derzeit Durchführungsverordnungen, die die Regeln zu Sorgfaltspflichten und Überwachungsorganisationen festlegen.

Aus Sicht des Einzelhandels besteht die Sorge, dass den Unternehmen bis März 2013 keine Überwachungsorganisationen und Systeme zur Sorgfaltspflicht zur Verfügung stehen werden. Erfahrungsgemäß kann der Zulassungsprozess von Überwachungsorganisationen bis zu 18 Monate dauern. Ohne diese Instrumente ist die Verordnung aber, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, kaum umzusetzen. Auch Unternehmen mit komplexen Lieferketten werden diese nicht schnell genug an die neuen Rechtsvorschriften anpassen können.



Der Vorschlag des HDE das Inkrafttreten der Verordnung aufzuschieben, um allen Beteiligten genug Zeit zu geben, die notwendigen Elemente (Due Diligence, Monitoring Organisation) überhaupt zu entwickeln, wurde verhalten aufgenommen.

Zusätzlich zu den Durchführungsverordnungen arbeitet die EU-Kommission an Leitlinien, die noch vor Ende 2012 veröffentlicht werden sollen. Im September oder Oktober 2012 soll hierzu gegebenenfalls eine öffentliche Anhörung stattfinden, allerdings bieten diese Leitlinien keine Rechtssicherheit.

LOGISTIK

EP gegen höhere Besteuerung von Diesel

Am 19. April 2012 hat sich das Europäische Parlament (EP) gegen den Vorschlag der Kommission ausgesprochen, Diesel und Benzin in Zukunft gleich zu besteuern.

Im April letzten Jahres hatte die Kommission einen Vorschlag zur Reform der Energiesteuer-richtlinie vorgelegt, nach dem die Kraft- und Heizstoffe nicht mehr nach der Menge besteuert werden sollen, sondern auf der Basis der Energiedichte und des CO₂-Ausstoßes. Benzin und Diesel sollten demnach künftig in gleicher Höhe besteuert werden.

Das Parlament war in seiner Mehrheit der Auffassung, dass eine produktneutrale Besteuerung von Energieträgern nicht dazu führen dürfe, dass Dieselmotoren seine Steuervorteile gegenüber Benzin einbüße. Grundsätzlich wurde der Reformvorschlag als Beitrag zum Klimaschutz aber mitgetragen. Die Abgeordneten unterstützten die Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, geringe oder keine Steuern in bestimmten Bereichen wie der Land- und Forstwirtschaft zu erheben. Allerdings sollten damit verbunden Maßnahmen in dem jeweiligen Sektor zu einer höheren Energieeffizienz führen. Darüber hinaus will das EP die Mitgliedstaaten verpflichten dafür zu sorgen, dass die CO₂-Besteuerung keine Industriesektoren trifft, die bereits am Emissionshandel teilnehmen.

Das EP wird bei der Reform der Energiesteuerrichtlinie nur konsultiert. Seine Position ist gesetzlich nicht bindend und lediglich eine Empfehlung an den Ministerrat, der in Steuerfragen einstimmig zu beschließen hat.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

EU-Kommission eröffnet Konsultation zu sicheren LKW-Parkplätzen

Die EU-Kommission hat kürzlich eine öffentliche Konsultation mit dem Titel „Die Bereitstellung von Informationen und Reservierungsdiensten für sichere LKW- und Nutzfahrzeug-Parkplätze im Rahmen der ITS-Richtlinie“ gestartet.

Ziel der öffentlichen Befragung ist es, Meinungen über die Bestimmungen für Informations- und Reservierungsdienste für sichere LKW-Parkplätze zu sammeln.

Eine große Zahl der Unfälle auf europäischen Straßen ist auf die strukturelle Knappheit von sicheren Stellplätzen für Lkw und Nutzfahrzeuge zurückzuführen und könnte vermieden werden.



Dieser Mangel und das Fehlen entsprechender Informationen darüber, wo sich sichere Parkplätze befinden, führen zu unsicheren Verhaltensweisen und zum Abstellen der LKWs an nicht gesicherten und dafür nicht vorgesehenen Stellen. Die EU-Kommission kommt zu dem Schluss, dass die gefährlichen Parkgewohnheiten künftig vermieden werden könnten, wenn die LKW-Fahrer frühzeitig und genau über die Verfügbarkeit von sicheren Parkmöglichkeiten informiert werden könnten.

Die Bereitstellung und der flächendeckende Einsatz von intelligenten Verkehrsinformationssystemen (ITS) in der EU könnten sowohl Unfallrisiken als auch den Diebstahl von Gütern minimieren. Nach offiziellen Schätzungen werden jedes Jahr Waren im Wert von acht Milliarden Euro aus den Lastwagen gestohlen. Die Kommission möchte die Einführung solcher Informationssysteme vorantreiben und dafür die allgemeinen Rahmenbedingungen festlegen.

Der Fragebogen gliedert sich in folgende Bereiche:

- Aktuelle Situation mit Blick auf die bestehenden Kapazitäten von sicheren und bewachten Parkplätzen; Ineffizienz und Probleme des „Offsite“-Parkens
- Umfang und Auswirkungen der Bereitstellung von Informationen und Reservierungsdiensten für sichere Parkplätze für Lastkraftwagen
- Zusätzliche spezifische Fragen für Transportunternehmen, Parkplatzverwaltungen/-betreiber, Straßenbetreiber, Frachtunternehmen

Bis zum 8. Juni 2012 können sich interessierte Unternehmen an der Konsultation beteiligen. Der HDE wird sich über EuroCommerce bei der Konsultation einbringen.

Mehr Informationen zu diesem Thema finden Sie [hier](#).

ZAHLUNGSSYSTEME

Innovative Zahlungssysteme: Für mehr Transparenz und Wettbewerb

Die Europäische Kommission hatte im Januar 2012 ein Grünbuch zum Thema „Ein integrierter europäischer Markt für Karten-, Internet- und mobile Zahlungen“ vorgelegt und gleichzeitig eine Konsultation gestartet, zu der Stellungnahmen bis zum 11. April 2012 möglich waren.

Die Kommission hatte in ihrem Grünbuch die derzeitige Situation bei Karten-, Internet- und Mobilzahlungen in Europa beschrieben und um Input zu bestehenden Hindernissen und möglichen Lösungen für eine Integration des bisher fragmentierten Zahlungsverkehrsmarktes gebeten. Ziel der Kommission ist die Schaffung eines sicheren, transparenten und integrierten Umfelds für Zahlungen in der gesamten EU, um Zahlungsmittel effizienter, moderner und sicherer zu machen. Die zentralen Themen der Konsultation waren der allgemeine Marktzugang und Marktzutritt für bestehende und neue Diensteanbieter; Zahlungssicherheit und Datenschutz; transparente und effiziente Preisbildung für Zahlungsdienste; technische Normung sowie Interoperabilität zwischen Dienstleistungsanbietern.

Der Handelsverband Deutschland (HDE) kritisiert in seiner Stellungnahme unter anderem, dass der mangelhafte Wettbewerb im Bereich Zahlungssysteme oft zu völlig intransparenten Kostenstrukturen führt.



Der HDE setzt sich deshalb für das sogenannte Surcharging ein, mit dem der Handel durch einen Aufpreis bei bestimmten, für den Handel besonders teuren, Zahlungsarten dem Kunden die Kosten deutlich machen könnte. Außerdem sei eine Begrenzung der Interbankenentgelte (MIF) erforderlich, da hier Gebührenbestandteile enthalten sind, die nicht dem Handel zuzurechnen sind, aber von diesem getragen werden müssen und nicht verhandelt werden können.

Das Grünbuch der Kommission und weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Die Stellungnahmen vom EuroCommerce zu dem Grünbuch finden Sie [hier](#).

MITTELSTAND

Verstärkte Unterstützung für international tätige KMU

Anlässlich der dritten Sitzung der KMU-Beauftragten am 28. März 2012 in Brüssel kündigte Kommissions-Vizepräsident Antonio Tajani eine Reihe von neuen bzw. verstärkten Initiativen für kleine und mittlere Unternehmen an, die international tätig werden wollen.

Im Einzelnen gehören zu den neuen Initiativen der Europäischen Kommission folgende Projekte:

- Verbesserung der Arbeit und Effizienz von Clustern: eine neue Pilotaktion der Kommission zielt darauf ab, eine kleine Anzahl an Experten, die in Clustern arbeiten, besser auszubilden, damit diese als „Multiplikatoren“ agieren können. Vier neue Clusterprojekte in den Bereichen saubere Technologien, erneuerbare Energien, Bio-Technologie oder Sportartikel sollen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) helfen, internationale Kooperationspartner zu finden.
- Verbesserter Schutz der geistigen Eigentumsrechte: Der „EU-China Intellectual Property Rights KMU-Helpdesk“ hat nunmehr ein erweitertes Angebot an interaktiven Diensten und hilft jedes Jahr zahlreichen europäischen KMU dabei, ihre geistigen Eigentumsrechte zu verteidigen.
- Neue Vergaberichtlinien-Initiative: Sie soll den Handelspartnern der EU mehr Anreize bieten, ihre Märkte für öffentliche Aufträge für EU-Unternehmen zu öffnen.
- Enterprise Europe Network: Anlaufstelle für alle EU-unternehmensrelevanten Fragen mit folgenden Schwerpunkten: EU-Rechts- und Förderinformationen, Einholung von KMU-Feedback zur EU-Kommission, Anbahnung von internationalen Unternehmenskooperationen sowie Veranstaltungen zur Europäischen Union.

Weitere Informationen zu Clustern finden Sie [hier](#), zum IPR-Helpdesk [hier](#) und zum Europe Enterprise Network [hier](#).



„Grüne“ Arbeitsplätze dank kleiner Unternehmen

37 % der kleinen Unternehmen in der EU beschäftigen mindestens einen Mitarbeiter, dessen Arbeit einen ökologischen Bezug hat. Zu diesem Ergebnis kam die am 27. März 2012 veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage „KMU, Ressourceneffizienz und grüne Märkte“.

Die Anfang des Jahres durchgeführte Erhebung stellte ferner fest, dass „grüne“ Arbeitsplätze überwiegend von kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) geschaffen werden: 2012 hatte einer von acht Mitarbeitern eines KMU einen grünen Arbeitsplatz (13 %), in großen hingegen war es nur einer von 33, das ist ein Anteil von 3 %.

93 % der KMU in der EU bemühen sich um eine Steigerung der Ressourceneffizienz. 64 % der KMU sparen Energie, 61 % recyceln und 62 % vermindern ihr Abfallaufkommen. Für 33 % der KMU hat die Erhöhung der Ressourceneffizienz höchste Priorität.

Drei von fünf KMU (61 %), die grüne Produkte oder Dienstleistungen anbieten, sind bereits mehr als drei Jahre auf dem ökologischen Markt tätig. Lebensmittel und Getränke (25 %) sowie elektrische und mechanische Geräte und Anlagen (23 %) zählen zu den meistverkauften grünen Produkten und Dienstleistungen von KMU in der EU.

Allerdings nutzen laut Umfrage nur weniger als ein Viertel der KMU den europäischen Binnenmarkt für grüne Produkte oder Dienstleistungen. 87 % der KMU in der grünen Wirtschaft sind lediglich auf ihren nationalen Märkten aktiv.

Fachliche Beratung und Bürokratieabbau ebenso wie finanzielle Anreize (Steuernachlässe, Zuschüsse und Darlehen, Anreize zur Produktentwicklung) werden generell als die am besten geeigneten Maßnahmen zur Förderung von Investitionen in die Energieeffizienz und zur stärkeren ökologischen Ausrichtung von Unternehmen gesehen. Nach Aussage der Befragten ist letztlich die Kundennachfrage eine der wichtigsten Motivationen für das Angebot grüner Produkte oder Dienstleistungen.

Der vollständige Bericht über die Eurobarometer-Umfrage ist [hier](#) abrufbar, die Anhänge [hier](#).

IKT

„Internet der Dinge“ – Konsultation der Kommission

Das „Internet der Dinge“ bezieht sich auf Alltagsgegenstände – wie etwa Telefone, Autos, Haushaltsgeräte, aber auch Kleidung und Lebensmittel –, die mittels intelligenter Chips mit dem Internet verbunden sind und damit Daten erfassen oder austauschen können.

Die Kommission hat am 12. April 2012 eine Konsultation zu den Regeln für vernetzte intelligente Geräte, das „Internet der Dinge“, eröffnet. Hierunter wird die drahtlose Verbindung von Alltagsgegenständen wie Telefone, Autos, Haushaltsgeräte, Kleidungsstücke und Lebensmittel mittels intelligenter Chips mit dem Internet verstanden. Sie können so Daten erfassen und austauschen. Mit der Konsultation will die Kommission in Erfahrung bringen, welcher ethische und rechtliche Rahmen gesetzt werden muss, damit das wirtschaftliche und gesellschaftliche Potential des „Internets der Dinge“ ausgeschöpft werden kann.



Dieser soll die Eigenbestimmung und Sicherheit der Nutzer gewährleisten. Gleichzeitig soll ein ausreichendes Maß an Kontrolle über Geräte, die Informationen erfassen, verarbeiten und speichern, sichergestellt werden. Zu den fraglichen Informationen gehören Verhaltensmuster der Nutzerinnen und Nutzer, ihre Aufenthaltsorte und Präferenzen. So soll gewährleistet werden, dass die Rechte von Privatpersonen respektiert werden.

Mit ihrer Konsultation erwartet die Kommission Äußerungen zu den Themen Schutz der Privatsphäre, Sicherheit, Gefahrenabwehr in kritischen, auf das „Internet der Dinge“ gestützten Infrastrukturen, Ethik, Interoperabilität, Leistungs- und Aufsichtsmechanismen und Standards. Die Ergebnisse der am 12. Juli 2012 endenden Konsultation werden in eine Empfehlung der Kommission zum „Internet der Dinge“ einfließen, die bis Sommer 2013 vorgelegt werden soll. Diese Empfehlung stellt die Folgemaßnahme zu einer Mitteilung der Kommission aus dem Jahr 2009 dar, in der 14 Maßnahmen dargelegt wurden, mit denen Europa befähigt werden soll, Technologien und Systeme für das „Internet der Dinge“ zu entwickeln, die mit den zentralen Werten Europas, wie Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten vereinbar sind.

Die Konsultation finden Sie [hier](#) und die Mitteilung aus dem Jahr 2009 [hier](#).

POLITIK

Absatzförderung europäischer Agrarerzeugnisse

Die Kommission hat am 30. März 2012 eine Mitteilung mit dem Titel „Den Verbraucher auf den Geschmack bringen: eine Absatzförderungs- und Informationsstrategie mit hohem europäischem Mehrwert für die Agrarerzeugnisse Europas“ verabschiedet.

Das Papier stellt den zweiten Schritt der Reform der Absatzförderungs politik dar, die im Juli 2011 mit dem Ziel begonnen wurde, die Land- und Ernährungswirtschaft zu einem dynamischeren und wettbewerbsfähigeren Sektor zu machen und ein nachhaltiges Wachstum zu fördern. Die Strategie umfasst vier thematische Schlüsselziele für die künftige Absatzförderungs politik:

- europäischer Mehrwert;
- ansprechendere und treffsicherere Programme;
- vereinfachte und effizientere Verwaltung;
- neue Synergien zwischen den verschiedenen Absatzförderungsinstrumenten.

Die Mitteilung ist das Ergebnis der Debatte, die im Juli 2011 auf der Grundlage eines Grünbuchs über eine Informations- und Absatzförderungs politik für Agrarerzeugnisse als Leitinitiative zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft angestoßen wurde, sowie des externen Bewertungsberichtes aus dem Jahr 2011 über die derzeitige Absatzförderungs politik. Sie soll auf interinstitutioneller Ebene die Debatte über den Inhalt der künftigen Absatzförderungs politik anregen, auf deren Grundlage die Kommission bis Ende des Jahres Legislativ-Vorschläge unterbreiten will.



Die geltenden EU-Vorschriften für Absatzförderung und Information im Sektor Land- und Ernährungswirtschaft reichen bis in die 1980er Jahre zurück. Sie wurden im Laufe der Jahre angepasst, um insbesondere den Gütezeichen Rechnung zu tragen, die in immer größerer Zahl eingeführt wurden. Die EU-Haushaltsmittel, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 3/2008 des Rates für die Absatzförderung bereitzustellen sind, beliefen sich im Jahr 2011 auf 47 Mio. Euro und dürften für 2012 rund 55 Mio. Euro betragen. Zwischen 2001 und 2011 wurden 518 - von den beteiligten Organisationen kofinanzierte - Programme genehmigt, was einem Gesamtbetrag von 576 Mio. Euro zugunsten des EU-Haushalts entspricht.

Neben dieser horizontalen Absatzförderungsregelung umfasst die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) Absatzförderungsmaßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte - im Sektor Wein durch die Absatzförderung auf Drittlandmärkten (112 Mio. Euro im Jahr 2011) und im Sektor Obst und Gemüse durch die operationellen Programme der Erzeugerorganisationen (durchschnittlich 34 Mio. Euro im Zeitraum 2008/09) - und im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

EU-Agrarstatistik weist gestiegene Einkommen aus

Nach der am 11. April 2012 veröffentlichten Agrarstatistik der Kommission für das Jahr 2011 sind die Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe um durchschnittlich 3,7 % gestiegen.

Der Bericht mit dem Titel „Die Landwirtschaft in der EU – statistische und wirtschaftliche Informationen 2011“ weist dabei deutlich Anstiege bei den Ein- und auch bei den Ausfuhren aus.

Ursache für das Wachstum seien die gestiegenen Lebensmittelpreise zusammen mit einem leichten Rückgang der Beschäftigung im Agrarsektor. Dieses Wachstum sei allerdings durch die teilweise extrem gestiegenen Kosten für Produktionsmittel (z.B. Futtermittel +16,9 %, Dünger, +14,7 % und Energie +11 %) getrübt worden. Beachtlich ist insbesondere die Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens pro Arbeitskraft, wo am jeweiligen Ende der Skala Belgien mit einem Rückgang von 22,5 % einem Anstieg von 43,7 % in Rumänien gegenübersteht.

Insgesamt habe die EU mit einem Außenhandelsüberschuss im Agrarbereich von etwa 7 Mrd. Euro im Jahr 2011 nahezu exakt das Ergebnis des Vorjahres erzielen können. Im- und Export hätten gegenüber 2010 jeweils um 16 % zugenommen, wobei insbesondere der Export von Wein und Spirituosen deutlich angestiegen sei. Demgegenüber sei der Gemüsesektor im letzten Jahr insbesondere durch die EHEC-Krise in Mitleidenschaft gezogen worden. Preise für Obst und Gemüse seien teilweise dramatisch gefallen.

Den Bericht finden Sie [hier](#).



KURZ GEMELDET

EP-Workshop zu Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen

Am 14. April 2012 fand ein von dem Europäischen Parlament organisierter Workshop zum Thema "Der Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen" statt. In diesem Rahmen referierten Vertreter der Europäischen Kommission und des Parlaments, mehrere Sachverständige sowie Interessenvertreter der relevanten Branchen. Inhaltliche Schwerpunkte des Workshops waren u.a. die Diskussion bezüglich neuer Grenzwerte für Geräuschemissionen und Maßnahmen zur Reduzierung des Geräuschpegels. Zudem wurden die Auswirkungen des KFZ-Lärms für Umwelt und Menschen thematisiert. Hintergrund der Veranstaltung ist ein für 2013 bzw. 2014 geplanter Vorschlag der Europäischen Kommission zu dieser Thematik.

Weitere Informationen zu dem Workshop finden Sie [hier](#).

EP-Beobachter aus Kroatien

Nachdem Kroatien beim EU-Gipfel in Brüssel am 9. Dezember 2011 den Beitrittsvertrag zur EU unterschrieben hat, sich 60 % der Kroaten bei einem Referendum im Januar 2012 für den Beitritt ausgesprochen haben und der Vertrag jetzt nur noch von den Mitgliedstaaten und dem Beitrittskandidaten ratifiziert werden muss, hat das EP auf seiner Sitzung am 17. April 2012 erstmals 12 Beobachter aus Zagreb zugelassen. Der EU-Beitritt Kroatiens ist für den 1. Juli 2013 geplant.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kommission startet Initiative zur Förderung von Praktika

Die Europäische Kommission will mit ihrer neuen Initiative „We Mean Business“ Unternehmen dazu animieren, mehr Praktikumsplätze zu schaffen. Die Kompetenzen junger Menschen und ihre Beschäftigungsfähigkeiten sollen so verbessert werden. Auch will die Initiative den Unternehmen den Mehrwert der internationalen Praktika im Rahmen spezieller EU-Programmen wie z.B. ERASMUS näher bringen. In den einzelnen Mitgliedstaaten werden hierzu Informationsveranstaltungen durchgeführt, die sich primär an Wirtschafts- und Handelskammern, regionale Entwicklungsagenturen und Unternehmensförderorganisationen richten.

Weitere Informationen zu der EU-Initiative finden Sie [hier](#).

Neue Form der EU-Bürgerbeteiligung: Bürgerinitiative gestartet

Am 1. April 2012 wurde als Europäische Bürgerinitiative (EBI) eine neue Form der Bürgerbeteiligung zur Politikgestaltung in der Europäischen Union eingeführt. Die im Vertrag von Lissabon beschlossene EBI ermöglicht es den EU-Bürger, nun selbst und direkt Einfluss auf die Gesetzgebung in der Europäischen Union zu nehmen. Mit Hilfe einer Bürgerinitiative kann künftig die EU-Kommission aufgefordert werden, eine Gesetzesinitiative zu einem bestimmten Thema zu ergreifen. Sofern die Kommission dies ablehnt – z.B. wegen Zweifeln an der Rechtmäßigkeit des Begehrens – ist sie verpflichtet, ihre Gründe darzulegen. Die Bürgerinitiative ist erfolgreich, wenn sie von mindestens einer Million Bürgern aus 7 der 27 Mitgliedstaaten unterstützt wird. In Deutschland beispielsweise sind mindestens 74.250 Unterschriften nötig.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



TERMINVORSCHAU



Europäischer Rat

2. Mai	Rat für Wirtschaft und Finanzen
10./11. Mai	Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport
14. Mai	Rat für Auswärtige Angelegenheiten
14./15. Mai	Rat für Landwirtschaft und Fischerei
15. Mai	Rat für Wirtschaft und Finanzen
29. Mai	Rat für Allgemeine Angelegenheiten
30./31. Mai	Rat für Wettbewerbsfähigkeit
31. Mai	Rat für Auswärtige Angelegenheiten



Europäisches Parlament

2.-4. Mai	Externe parlamentarische Aktivitäten
7./8. Mai	Ausschusssitzungen
8. Mai	Vermittlungsausschuss
9. Mai	Fraktionssitzungen
9./10. Mai	Plenartagung (Straßburg)
10. Mai	Ausschusssitzungen
14. Mai	Ausschusssitzungen
15.-16. Mai	Fraktionssitzungen
21.-24. Mai	Plenarsitzung (Straßburg)
29.-31. Mai	Ausschusssitzungen

Impressum

Handelsverband Deutschland (HDE) e.V.

Büro Brüssel
85 Avenue des Nerviens
B - 1040 Brüssel
Tel. +32 (0) 2 231 02 81
Fax: +32 (0) 2 230 84 97

Büroleitung:
Dr. Astrid Krone-Hagenah
Tel +32 (0) 2 7354379
krone-hagenah.europa@hde.de

Götz Brandau
Tel +32 (0) 2 2310998
brandau.europa@hde.de

Tina Reiner
Tel +32 (0) 2 7371164
reiner.europa@hde.de

Miriam Schneider
Tel +32 (0) 2 7371163
schneider.europa@hde.de

Bernd Wagner – METRO
Tel +32 (0) 2 7371160 · Fax +32 (0) 2 7371161
wagner.europa@hde.de

Anja Lörcher – REWE
Tel +32 (0) 2 7371165 · Fax +32 (0) 2 7371166
loercher.europa@hde.de

Ludwig Willnegger – EDEKA
Tel +32 (0) 2 7370370 · Fax +32 (0) 2 7370371
willnegger.europa@hde.de

Silvia Warth – Kaufland
Tel +32 (0) 2 7370373
warth.europa@hde.de